

Priebe, Hermann

Article — Digitized Version

Grundfragen der zukünftigen Regionalpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Priebe, Hermann (1977) : Grundfragen der zukünftigen Regionalpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 5, pp. 253-257

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135072>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grundfragen der zukünftigen Regionalpolitik

Hermann Priebe, Frankfurt a. M.

In der Zeit des dynamischen Wachstums unserer Wirtschaft war leicht ein Konsensus über die Strukturförderung wirtschaftsschwacher Regionen zu finden. Heute, bei struktureller Arbeitslosigkeit und schwachem Wachstum, besteht auch zwischen den Regionen ein Verteilungskampf, bei dem die ländlichen Regionen die Verlierer sein könnten. Dies soll Anlaß sein, über die Motivationen der zukünftigen Regionalpolitik nachzudenken und zu fragen, ob unsere bisherige Förderungspolitik noch den Erfordernissen von morgen entspricht.

Ein kurzer Rückblick zeigt, daß sich die Grundlagen der Anfang der sechziger Jahre konzipierten Regionalpolitik verändert haben. Sie ging von der Erkenntnis aus, daß die Ausgleichskräfte der Marktwirtschaft eine optimale Verteilung der Kräfte im Raum, der Menschen und der Wirtschaft, nicht herbeiführen können, so daß die regionale Strukturpolitik als zusätzliches Element in unsere Wirtschaftsordnung eingefügt wurde. Das gilt auch für die Zukunft.

Hauptziel war anfangs die Mobilisierung der Arbeitskräftereserven in den früheren Agrargebieten. Das lag im Interesse dieser wirtschaftsschwachen Regionen und zugleich des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und lag noch dem „Programm zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Strukturpolitik“ vom Jahre 1968, dem sogenannten Schillerplan, zugrunde. In diesem Sinne sprach man von wachstumsorientierter Regionalpolitik.

Dann wurden wir durch die Schwierigkeiten in den Großstädten und Verdichtungsgebieten, wie sie Alexander Mitscherlich in dem bekannten Wort von der Unwirtlichkeit der Städte herausgestellt hat, in der Politik zur Erschließung der ländlichen Regionen bestärkt. Die Grenzen der Konzentration wurden deutlich, und die Umweltdiskussion gab der Regionalpolitik mindestens psychologische Unterstützung. In gewisser Weise wurde da-

durch schon der Wendepunkt zu einer neuen Motivation der Regionalpolitik erkennbar.

Alles in allem bestand während der vergangenen zehn Jahre ein weitgehender Konsensus in der regionalen Wirtschaftspolitik. Viele Betriebe waren bereit, den Arbeitskräften in den ländlichen Regionen nachzuziehen, soweit sie dort ausreichend Gelände und Infrastruktureinrichtungen fanden, und die Menschen waren bereit, in den ländlichen Regionen zu bleiben, soweit ihnen dort Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten geboten wurden.

Geänderte Voraussetzungen

Diese Entwicklungsperiode ist inzwischen zu Ende gegangen, und manche Veränderungen deuten an, daß die bisherige Regionalpolitik ihre Voraussetzungen weitgehend verloren hat.

□ Erstens ist der Übergang von Menschen aus der traditionellen *Landwirtschaft* in andere Berufe so gut wie abgeschlossen. In einhundertfünfzig Jahren haben Ströme von Menschen aus den ländlichen Regionen zum großen Wachstum unserer Wirtschaft beigetragen. In dieser Periode hat sich unsere Erwerbsstruktur von einst 80% ländlicher Bevölkerung bis zum heutigen Anteil der modernen Landwirtschaft von drei bis vier Prozent der Erwerbspersonen verändert. Allein nach 1950 wurde der Arbeitskräftebestand der Landwirtschaft im Zuge ihrer Motorisierung auf ein Viertel reduziert, schließlich sind um die Mitte der siebziger Jahre die letzten Reste der alten Agrargesellschaft aufgelöst.

□ Zweitens hat die bisherige *Bevölkerungsentwicklung* ein Ende gefunden. Die sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen nicht

Prof. Dr. Hermann Priebe, 70, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften und Direktor des Instituts für ländliche Strukturforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. M.

mehr, die Verhaltensweisen der Menschen sind überall angeglichen, und wir haben weder in den ländlichen Regionen einen natürlichen Bevölkerungszuwachs, noch dürfen wir annehmen, daß das Wachstum der Städte weiterhin daraus gespeist wird, wie es seit Jahrhunderten selbstverständlich zu sein schien.

Drittens ist das *Volumen industrieller Arbeitsplätze* insgesamt rückläufig. Die Ursachen liegen in technologischen Veränderungen und in der weltwirtschaftlichen Entwicklung, die mit einer Strukturwandlung unserer Wirtschaft verbunden ist. Sie führt zur Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen, die in den ländlichen Regionen bisher günstige Standorte hatten, in Billiglohnländer und damit zur besonderen Gefährdung dieser Gebiete. So werden die Probleme der peripheren Regionen durch Rückgang der bei ihnen vorherrschenden Branchen noch verschärft. Nordostbayern ist dafür ein besonderes Beispiel.

Damit sind die Voraussetzungen der bisherigen Regionalpolitik, die Arbeitskräftereserven im ländlichen Raum und der industrielle Zuwachs, nicht mehr gegeben. Die Rezession hat den Verteilungskampf um Arbeitsplätze und Finanzmittel zusätzlich verschärft.

Passive Sanierung

In dieser Situation fühlen sich die Vertreter der Großstädte und Ballungsgebiete in ihren Forderungen bestärkt. Man argumentiert: Wenn die Abnahme der Bevölkerung und der Industrie unvermeidlich ist, dann sollte man alle Kräfte zusammenfassen und die Konzentration fördern. Für die ländlichen Regionen würde das praktisch zur „passiven Sanierung“ führen, wie man die Entleerung und Verödung bestimmter Räume wissenschaftlich umschreibt. Bisher werden solche Überlegungen nur vorsichtig geäußert. Aber manches deutet darauf hin, daß die praktische Regionalpolitik bereits eine Änderung in dieser Richtung erfahren hat, ohne daß es allgemein ins Bewußtsein aufgenommen worden wäre.

Da ist erstens eine bedenkliche Umverteilung öffentlicher Mittel im Rahmen der *Verkehrspolitik* zu beobachten. Riesige Investitionen für Autobahnen und vor allem den Schienennahverkehr kommen in erster Linie den Ballungsgebieten zugute, werden aber nicht allein von den Großstädten, sondern zu wesentlichen Teilen aus Steuermitteln des Bundes und der Länder getragen und damit von der Bevölkerung ländlicher Regionen mit aufgebracht. Noch gravierender sind die laufenden Fehlbeträge im städtischen Nahverkehr, die auf jährlich etwa 4 Mrd. DM geschätzt werden. Demgegenüber hat die Bundesbahn ein Stilllegungskonzept für die ländlichen Regionen

vorgelegt, nach dessen Durchführung jährlich 0,6 Mrd. DM gespart werden könnten. Hier droht ein Umverteilungsprozeß, der alles übertrifft, was bisher zugunsten der ländlichen Regionen in der Förderungspolitik geschieht.

Darüber hinaus hat sich mit der *Einbeziehung von Großstädten* und hochindustrialisierten Gebieten in die regionale Wirtschaftsförderung bereits eine *Umkehr der bisherigen Zielrichtung* vollzogen. Wenn heute Investitionen in Städten im Ruhrgebiet, Saarland und in anderen Großstädten nach den gleichen Kriterien gefördert werden wie in Passau und Freyung, Hof und Wunsiedel, dann sind die peripheren, wirtschaftsschwachen Regionen praktisch weitgehend abgeschrieben, zu deren Gunsten die Regionalpolitik einst konzipiert wurde.

Motivierung zukünftiger Regionalpolitik

Damit kommen wir nun zur Kernfrage nach der Motivierung unserer zukünftigen Regionalpolitik. Wie wir sahen, reicht das bisherige Oberziel der Förderung wirtschaftlichen Wachstums allein nicht mehr aus, es gilt, dafür durch Einbeziehung übergeordneter gesellschaftspolitischer Zielsetzungen neue Orientierungspunkte zu finden. Dazu einige Thesen.

Aufgabe der kommenden Zeit ist weniger das wirtschaftliche Wachstum als die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Das wird leicht mißverstanden, und es mag offen bleiben, ob wir uns mit Ansichten des Club of Rome, von Herbert Gruhl oder anderen Autoren identifizieren, dennoch dürfte weitgehende Übereinstimmung darin bestehen, daß es Grenzen der ökologischen Belastbarkeit und des materiellen Güterverbrauchs gibt. Sie zeigen sich in den sozialpsychologischen Krisen in der Jugend deutlich genug, in der weit verbreiteten Unzufriedenheit bei höchstem Wohlstand. Deshalb sollten wir nicht das ökonomisch Erreichte aufgeben oder auch nur gefährden, es geht mehr um eine Schwergewichtsverlagerung unserer Zielsetzungen. In diesem Sinne könnte man auch so definieren, daß es um eine veränderte Güterstruktur, um mehr immateriellen als materiellen Güterzuwachs geht, daß wir unsere Bemühungen verstärkt den sozialen Beziehungen, der Vermögens- und Einkommensverteilung sowie den Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung in Beruf und Freizeit und demgemäß auch den Umweltbedingungen und Wohnverhältnissen zuwenden sollten. Das heißt nicht nur Humanisierung der Arbeitswelt, wie man allenthalben fordert, sondern Humanisierung unserer gesamten Lebensverhältnisse. In diesem Sinne mag der Begriff Lebensqualität als Ausdruck des Einkommens und zugleich aller nicht in Geld meßbaren Güter verstanden werden.

□ *Humane Lebensverhältnisse sind weitgehend von der Siedlungsstruktur abhängig.* Damit kommen wir zu der Grundfrage: Konzentration oder Verteilung der Kräfte im Raum? Muß die Entwicklung auf einer Einbahnstraße nach Megalopolis verlaufen, oder sehen wir die ländlichen Regionen als Entlastungsgebiete und Aufnahmeräume für Wirtschaft und Menschen an? Das ist eine sehr kritische Frage, und sie berührt die Interessen von Großstädten, starken Gruppen und mächtigen Funktionären. Und sie berührt traditionelle Vorstellungen unserer Nationalökonomien, aus denen heraus noch Ludwig Erhard der Regionalpolitik kritisch gegenüberstand, in der Sorge, dadurch die Marktwirtschaft zu gefährden.

Unsere erste Antwort darauf lautet, daß es hier nicht um entweder – oder geht, sondern um das Ausmaß. Aber ebensowenig wie man an eine Rückkehr zu ländlichen Idyllen denken darf, ist auch die alte Vorstellung berechtigt, daß wirtschaftlicher Fortschritt kausal mit der Wanderung vom Land zur Stadt verbunden ist. Einige nüchterne Überlegungen bestätigen das.

Zunächst zeigt uns ein Ländervergleich, daß Konzentration und Größe der Städte durchaus nicht in ursächlicher Beziehung zum wirtschaftlichen Wachstum stehen. In Europa haben Frankreich und England die stärkste Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung, Deutschland im Vergleich dazu die stärkste Dezentralisierung. Aber nicht etwa Frankreich und England hatten das höchste Wirtschaftswachstum, sondern Deutschland. Zwar kann man nicht beweisen, daß die deutsche Dezentralisierung die Ursache des Wachstums war, aber doch ist bewiesen, daß sie das Wachstum nicht gehindert hat. Dafür lassen sich immerhin einige Gründe anführen: Wir tragen nicht die Nachteile der Franzosen mit ihrem Superzentrum Paris, und in unseren ländlichen Regionen konnten Initiativen aus breiten Bevölkerungsschichten mobilisiert werden, die es in Frankreich gar nicht mehr gibt. Darüber hinaus muß erkannt werden, daß manche Voraussetzungen der Konzentration nicht mehr bestehen. Die sogenannten Agglomerationsvorteile, von denen die Wirtschaftswissenschaften sprechen, waren an Massenverkehr über Wasser und Schiene und enge städtische Kontakte gebunden. Der heutige Individualverkehr hat nicht allein das Gefüge und geistige Fluidum der Großstädte weitgehend zerstört, sondern andererseits die Chancen für die Erschließung bisher ländlicher Räume erheblich erweitert. Dazu tragen auch die modernen Kommunikationsmittel bei.

Das Fazit daraus ist, daß die moderne Technik zwar die Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung ermöglicht, diese aber durch Gegenwir-

kungen problematisch macht und somit die Dezentralisierung nicht allein ermöglicht, sondern sogar weitgehend erfordert.

Kennzeichen einer Wohlstandsgesellschaft

Das führt uns zu der *Hauptthese: Wohlstand braucht Raum.* Typisches Kennzeichen einer Wohlstandsgesellschaft sind Bewegungsfreiheit, Energieverbrauch, Ausmaß der Wohnung und Art des Wohnens, nach dem Wunsch vieler Familien in Verbindung mit der Natur, u. a. Das alles ist in der dezentralisierten Struktur Deutschlands leichter zu verwirklichen. Die Menschen drängen zwar hinaus, können aber doch Kontakte mit einer Großstadt behalten. So wird deutlich, daß die Entwicklung nicht mehr in der Alternative Stadt oder Land verläuft und daß es nicht die „menschlichen Städte“ als solche geben kann, sondern nur menschliche Lebensverhältnisse, wenn man Großstädte und ländliche Regionen zusammen sieht und weiterentwickelt.

Das Größenwachstum der Städte in aller Welt ist selbstmörderisch, eine Art vorprogrammierte Armut. In Städten wie Tokio, Moskau oder Rio de Janeiro kann niemals eine Wohlstandsgesellschaft leben wie in Deutschland. Weder der Energieverbrauch noch die Autodichte oder Größe der Wohnungen wären bei einer solchen Konzentration in dem Ausmaß möglich wie bei uns. Eine hochentwickelte Wirtschaft und Gesellschaft braucht Raum. Andererseits schafft die hochentwickelte Wirtschaft auch den Raum. Die steigende Produktivität führt zum Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche, wir sollten das nicht beklagen, sondern als eine besondere Chance unserer Zeit erkennen: Wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit besitzen wir reichlich Raum und die technischen Mittel, uns darin zu bewegen.

Gesellschaftspolitische Motive

Damit können wir zusammenfassen: *Gesellschaftspolitische Motive sind heute für die Raumererschließung entscheidend.* In diesem Sinne müssen wir die Lebensbedürfnisse der Menschen umfassend sehen. Die Entfaltung der Persönlichkeit ist nicht nur eine Frage des Arbeitsplatzes oder Einkommens, sondern der sozialen Integration im weitesten Sinne. Mit fortschreitender Spezialisierung im Beruf werden die persönlichen Beziehungen um so wichtiger, wie sie sich im überschaubaren Bereich des Lebens in einer vielgliederten Siedlungsstruktur entfalten können. Die Vereinsamung des modernen Menschen ist ebenso die Gefahr entleerter Agrarregionen wie städtischer Massenwohnblocks. Der Zug der Bevölkerung nach Süden, wie er in Deutschland zu beobachten ist, zeigt, daß die Menschen weniger

nach dem Einkommen als nach den Wohnwerten entscheiden, wie sie die süddeutsche Landschaft und Siedlungsstruktur bietet, mit den Möglichkeiten für Erholung und Freizeitgestaltung und das Aufwachsen der Kinder, kurz, für die gesamte Vitalsituation der Familie.

Dabei sind auch die Möglichkeiten einer breiten Eigentumsverteilung nicht zu unterschätzen. Grund und Boden bieten als reales Eigentum im echten Sinne mehr als nur Geld- und Produktivvermögen. In Deutschland haben durchschnittlich rund 45 % aller Familien Haus- und Grundeigentum, in den ländlichen Regionen bis zu 80 %, in den Großstädten sehr viel weniger. Dagegen sind es in den Vereinigten Staaten rund 65 % der Bevölkerung. Bei gelockerter Siedlungsweise wäre es auch bei uns möglich, für mehr Familien Eigenheim und Gartenbesitz zu bieten.

Alles in allem ist Freiheit nicht allein die der Wirtschaftsunternehmen, ihre Standorte zu wählen, sondern die Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen, über Beruf und Arbeitsplatz und vor allem Ort und Art des Wohnens und damit über die Gestaltung des Lebens der Familie zu entscheiden. Diese Freiheit wird mehr und mehr eingeschränkt, wenn die Arbeitsplätze in den Ballungsgebieten konzentriert und die Menschen gezwungen werden, dort zu leben, vielleicht dafür dann in der Mitbestimmung im Betrieb eine Pseudofreiheit als Ersatz erhalten.

Überprüfung der Regionalpolitik

Von diesen erweiterten Zielvorstellungen für die Erschließung ländlicher Räume aus muß nun die heutige Regionalpolitik überprüft werden. Wir stoßen dabei auf drei kritische Punkte.

Erstens entspricht die in den letzten Jahren eingetretene *Erweiterung der Fördergebiete und Förderschwerpunkte* nicht mehr dem Ziel der Erschließung wirtschaftsschwacher Räume, mit dem die Regionalpolitik begonnen hat. Inzwischen werden zahlreiche Großstädte gefördert, im Saarland, in Norddeutschland, im nördlichen Ruhrgebiet eine ganze Kette von Orten. Das wird durch sektorale oder konjunkturelle Veränderungen motiviert, ist aber praktisch eine Umkehr der bisherigen Politik, der Versuch, Strukturen aus den Anfängen der industriellen Revolution, die stets für inhuman gehalten wurden, zu konservieren und die Menschen dort festzuhalten, anstatt die heutigen Veränderungen zur Entballung zu benutzen und den Menschen die Möglichkeit zur Abwanderung in Regionen mit besseren Lebensverhältnissen zu bieten.

Zweitens sollte die vorwiegende *Förderung industrieller Arbeitsplätze* nach dem sogenannten Primäreffekt überprüft werden. Gewiß gibt es

noch Regionen, in denen der Anteil des produzierenden Gewerbes zu gering ist und verstärkt werden sollte. Aber aufs Ganze gesehen liegt der Zuwachs bekanntlich im Dienstleistungsbereich. In diesem Sinne wurden auch bereits überregionale Dienstleistungen in die Förderung einbezogen. Vielleicht sollten wir aber noch einige Schritte weiter gehen: Die Versorgung mit Dienstleistungen für tägliche Lebensbedürfnisse ist vielfach unbefriedigend, und überall fehlt es dafür an Nachwuchs. Dabei wirkt sich gewiß auch die einseitige Blickrichtung auf die akademische Bildung aus, über der vergessen wurde, daß Chancengleichheit für alle Berufe gelten muß. Eine verstärkte Ausbildung und Hilfe zur Selbständigkeit im Handwerk und anderen Bereichen von Dienstleistungen würden um so mehr Chancen eröffnen, als hier echte Bedürfnisse der Bevölkerung bestehen.

Die dritte kritische Frage betrifft das *Konzept der Förderung zentraler Orte*. Hier ist gewiß einiger Widerspruch zu erwarten, wenn man nicht nur die Auswahl kritisiert, sondern das Prinzip der zentralen Orte als solches in Frage stellt. Denn einerseits wird alles auf den überörtlichen Individualverkehr zugeschnitten, die Stückgutabfertigung geschlossen, vielleicht die Bahn ganz stillgelegt, die Schulwege werden motorisiert, und die Einkaufszentren entstehen weit draußen entfernt. Auf der anderen Seite sollen aber weiterhin die industriellen Arbeitsplätze auf kleine zentrale Orte konzentriert werden. Entspricht das nicht, bei der größeren Beweglichkeit jedes einzelnen, den Vorstellungen von gestern?

Neuorientierung der Regionalförderung

Für eine neue Konzeption könnte man die Förderung kritischer Regionen als ganze und die Bildung übergeordneter Zentren ins Auge fassen. Dafür wäre die Beschränkung der Fördergebiete auf wirklich kritische Regionen erforderlich. Sie ist ohnehin fällig, nachdem rund 60 % des Bundesgebietes Förderregionen sind. Die einzelnen Bundesländer wären dabei unterschiedlich betroffen. Aber es entspräche der regionalpolitischen Logik, daß die wirtschaftlich stärker entwickelten Länder etwas mehr zurückstecken. Innerhalb kleinerer Fördergebiete könnte man dann den Arbeitsmarkt nicht mehr auf bestimmte Punkte beziehen, sondern breiter sehen und Arbeitsplätze überall dort fördern, wo Initiativen dafür entstehen. Auf diese Weise könnte die Bevölkerung überall günstige Wohnmöglichkeiten ausnutzen. Ohnehin haben auch bisher viele Unternehmen neue Standorte außerhalb zentraler Orte gewählt, wie das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr für das Jahr 1970 für 36 % der neugegründeten und verlagerten Betriebe nachgewiesen hat.

Um so mehr sollten übergeordnete zentrale Orte dort gefördert werden, wo sie in größeren Gebieten fehlen, besonders in peripherer Lage. Die Entwicklung würde dann in einer Art Polarität zwischen den alten Oberzentren und den neuen Schwerpunkorten erfolgen. Dort müßten weniger die industriellen Arbeitsplätze konzentriert als Infrastruktureinrichtungen, Bildungsstätten, höhere Verwaltung und Dienstleistungen aller Art geschaffen werden, und schließlich ginge es um die Anbindung an den Schnellverkehr über Schiene oder Flugzeug, so daß echte Mittelpunkte für größere Regionen entstehen.

Versuchen wir, diesen Gedanken mit etwas Phantasie auf Regionen im Osten der Bundesrepublik zu übertragen, so könnte das bedeuten, Orte wie Passau, Hof und Coburg als Schwerpunkte mit Ausstrahlung auf ein größeres Umland und damit gleichzeitig als Kontrapunkte zu München und Nürnberg zu entwickeln. In diesem Sinne mögen sich dann vielleicht die in der Regionalpolitik so viel diskutierten Entwicklungsachsen in der Polarität zwischen den peripheren Schwerpunkten und den alten Oberzentren bilden.

Gesellschaftspolitische Aspekte

Zum Schluß sei auf die Gefahren für die Entwicklung der zukünftigen Gesellschaftsstruktur hingewiesen, die durch die heutige Politik auf verschiedenen Gebieten wechselseitig verstärkt werden: Die Förderung der Großstädte als Voraussetzung für eine weitere Konzentration der Bevölkerung, die Förderung der akademischen Bildung über den heutigen Bedarf hinaus, eine Förderung der Konzentration in der Landwirtschaft, die zur Trennung vieler Familien vom Bodeneigentum, Entleerung ländlicher Regionen, Zerstörung der Kulturlandschaft und der Wohnwerte führt und damit die Konzentration der Bevölkerung von unten her fördert.

Die einseitige Förderung der akademischen Bildung stimmt wiederum mit Vorstellungen von einer grundlegenden Strukturwandlung unserer Wirtschaft überein, mit der Erwartung, daß wir in den achtziger Jahren in erster Linie Know-how exportieren müßten — technisches Wissen, Montagen Dienstleistungen —, wie es in dem bekannten Begriff vom Blaupausenexport diskutiert wird. Zwar ist zuzugeben, daß wir bemüht sein müssen, zur Erhaltung der hohen Reallöhne durch Intelligenzleistungen und hochwertige Produkte im Export wettbewerbsfähig zu bleiben. Doch das hat seine Grenzen. Der Preis dafür könnte hoch werden, wenn Teile unserer Wirtschaft mehr oder weniger aufgegeben und arbeitsintensive Produktionen weitgehend in Billiglohnländer verlagert werden.

Hier soll weniger nach den gesellschaftspolitischen Aspekten gefragt werden, die hinter solchen Vorstellungen stehen, und ebensowenig sollen bestimmte politische Gruppen dabei angesprochen werden, wie die Kritik an der besonders gefährlichen, einseitigen Agrarstrukturpolitik zeigt. Hier geht es um die Frage, ob solche Vorstellungen realistisch sind.

Gefahren des Strukturwandels

Selbstverständlich kann die deutsche Wirtschaft nur bei einer weltoffenen Wirtschaftspolitik bestehen. Unsere Stärke liegt im Export, wir haben Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt, und tendenziell muß der Anteil hochwertiger Güter und Dienstleistungen im Export zunehmen. Doch es geht um das richtige Ausmaß. Ein Land wie die Bundesrepublik kann sich weder in volle Abhängigkeit vom Weltmarkt begeben und jeder wirtschaftlichen Krise und politischen Erpressung aussetzen, noch eine einseitige Berufsstruktur von Intellektuellen anstreben, in der die vielseitigen Begabungen eines Volkes gewiß nicht zu nutzen wären. So spricht vieles auch in Zukunft für eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer eigenen Mindestversorgung an grundlegenden Verbrauchsgütern, in der Ernährung, Energie, Kleidung und natürlich in einem weiten Bereich von Dienstleistungen, so daß die Begabungen und Neigungen der Menschen in einer weiten Skala von Berufen zur Wirkung kommen können.

Überlegungen dieser Art berühren die Zukunft einiger wirtschaftsschwacher Regionen um so mehr, als gerade in peripheren Lagen teilweise arbeitsintensive Branchen vorherrschen, die der Konkurrenz aus Ländern mit geringen Löhnen besonders ausgesetzt sind und wahrscheinlich auch nicht im bisherigen Umfang erhalten werden können, so daß die dortige Strukturwandlung erhöhte Anstrengungen verlangt, um die Entleerung der Gebiete zu verhindern. Ein besonderes Beispiel wäre die Region Nordostoberfranken.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sind aber keine Naturprozesse, ihr Verlauf hängt weitgehend von unseren Entscheidungen ab. Es liegt an uns, ob wir ein Volk intellektueller Großstädter werden oder die Vielfalt der Arbeits- und Lebensverhältnisse erhalten und weiter ausbauen wollen, von großstädtischen Zentren bis in die ländlichen Regionen hinein, und ob wir diese Vielfalt als Wurzeln unserer europäischen Kultur wie als Voraussetzungen der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und Grundlage einer freien Gesellschaft erkennen, in der jeder Bürger über die Gestaltung seiner Lebensverhältnisse entscheiden kann.